

Stellungnahme

GEW Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, Drucksache 19/3062

Die GEW Schleswig-Holstein begrüßt die Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Als Bildungsgewerkschaft, die die Interessen aller im Bildungsbereich tätigen Menschen vertritt, hält die GEW eine Landesstrategie, die die unterschiedlichen Bildungsbereiche zusammendenkt, für unabdingbar. Insofern ist es positiv zu bewerten, dass die verschiedenen Bildungsbereiche in der Landesstrategie berücksichtigt worden sind. Dennoch gleicht das Papier mehr einer aktuellen Bestandsaufnahme als einer Gesamtstrategie.

In vielzähligen Projekten wurde bislang BNE in Schleswig-Holstein gelehrt und gelebt. Aufgabe muss es jetzt sein, BNE von der Projektarbeit systematisch in die Bildungsstrukturen des Landes zu verankern. Entscheidend wird dabei sein, die unterschiedlichen Akteur*innen in diesen Prozess miteinzubeziehen. In der vorliegenden Landesstrategie fehlen weiterhin ein auf Schleswig-Holstein bezogener übergeordneter Rahmen, in dem sich die verschiedenen Bereiche bewegen, und ein gemeinsames Verständnis von einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Ziel muss es sein, dass BNE in Schleswig-Holstein auf einer gemeinsamen Basis fußt und sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Bildungsbereiche zieht. Dies muss auch in den Übergängen und Überschneidungen der einzelnen Bildungseinrichtungen Berücksichtigung finden. Insofern ist es erfreulich, dass dies in der Landesstrategie bisher vereinzelt angedacht wird, könnte in der Weiterentwicklung der Strategie allerdings noch stärker in den Fokus rücken.

Auf S. 28 stellt der Bericht dar, dass in den Grundschulen und den Förderzentren Geistige Entwicklung und den Förderzentren Lernen auf besondere Weise die Prinzipien des fächerverbindenden und fächerübergreifenden sowie auch themenzentrierten Arbeitens berücksichtigt werden und somit die Möglichkeit besteht, BNE fächerverbindend zu bearbeiten.

Dieses Vorgehen ist tatsächlich in den Gemeinschaftsschulen sowie Gymnasien nur an wenigen Stellen etabliert (Wahlpflichtkursen, Profilseminar der Profiloberstufe, örtliche individuelle Anstrengungen).

Die Klassen 5 - 13 der allgemeinbildenden Schulen sind jedoch ein wesentlicher Kern der Schulstruktur. Diese Phase des Lernens/der Entwicklung stellt die prägendste Zeit für Jugendliche dar und ist häufig ausschlaggebend für das weitere Leben. In diesem Punkt – und das würde eine Veränderung des Schulalltags und der wesentlichen Schulstrukturen bedeuten – gibt es bislang keine Lösungsansätze. Das ist enttäuschend. Um unser Schulsystem tatsächlich im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung umzugestalten, benötigt es Strukturen, die ernsthafte Chancengerechtigkeit für den Zugang zur Bildung und einen produktiven Umgang mit kultureller und individueller Heterogenität ermöglichen. Das kann aus Sicht der GEW nur bedeuten, die mehrgliedrige Strukturen zu Gunsten einer inklusiven und umfänglich ausfinanzieren Schule aufzulösen.

Da es mittlerweile eine Fülle von Querschnittsaufgaben im Bildungsbereich Schule gibt, sollten Schulfächer nicht mit diesen Aufgaben überfrachtet werden, sondern Inhalte insgesamt neu gedacht werden. Auch fächerübergreifendes und kompetenzorientiertes Lernen passt nicht immer zu den von den Fachanforderungen vorgegebenen Themen bzw. zu deren Umfang. Lehrpläne bzw. Fachanforderungen, Fächerkanons und Unterrichtsmethoden sollten demnach insgesamt überprüft

werden, damit BNE als Lehr- und Lernkonzept als übergeordnete Zielrichtung Raum hat. Ebenso wird geeignetes Lehrmaterial benötigt.

Bildung bedeutet nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern vor allem Leben und Vorleben. Bezogen auf BNE bedeutet dies, dass BNE in den verschiedenen Bildungseinrichtungen auch authentisch auf allen Ebenen im Alltag gelebt werden kann. Dies bedeutet bspw. das ökologische Mittagessen in den Kitas oder gedämmte Schulgebäude. Die dafür benötigten finanziellen Ressourcen müssen von der Landesregierung und den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Ohne qualifiziertes Personal lässt sich BNE in den Bildungseinrichtungen nicht umsetzen. Es ist deshalb begrüßenswert, dass BNE umfassender in die Ausbildung von bspw. Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften integriert werden soll. Zudem ist es unbedingt erforderlich, dass Lehrkräfte und pädagogisches Personal in BNE geschult werden. Dafür sind Fort- und Weiterbildungen notwendig, die in die Arbeitszeit integriert werden. Ebenso sollten Personen in Leitungsfunktionen wie Schulleitungen, Kitaleitungen oder Verantwortliche von Trägern stärker unterstützt werden, um BNE in den Bildungseinrichtungen zu integrieren.

Der Bericht stellt zurecht für den Bildungsbereich Non-formale Bildung und berufliche Weiterbildung die Bedeutung der Arbeit der Volkshochschulen und der Träger der politischen Bildung für eine Strategie der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt. Dies wird u.a. damit begründet, dass die kulturelle und die politische Bildung wesentliche der für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele notwendigen Kompetenzen fördert (Vgl. Bericht S. 66f.). Die besondere Bedeutung der politischen Bildung ergibt sich auch unmittelbar aus der Tatsache, dass zentrale Themen der politischen Bildung mit ausdrücklichen Nachhaltigkeitszielen wie Gerechtigkeit, Frieden, Verringerung der Ungleichheit, Stärkung der Institutionen identisch sind.

Begrüßenswert ist daher die erklärte Absicht der Landesregierung in ihrem Bericht, wonach „im Sinne einer BNE-Strategie die politische Bildung und ihre Akteure auf allen Ebenen gestärkt werden“ (Bericht S. 73) sollen. Es ist ebenso begrüßenswert, dass der Landesverband der Volkshochschulen BNE zum Schwerpunkt seiner Arbeit erklärt und die Landesregierung ihre Unterstützung dafür zusichert.

Enttäuschend fällt demgegenüber der Katalog konkreter Maßnahmen und Aktivitäten zur Weiterentwicklung aus. Diese beschränken sich weitgehend auf die Vernetzung der Akteur*innen, deren Koordination durch eine BNE-Agentur, die Herstellung der Transparenz der Akteur*innen und Angebote, den Austausch von Best Practice, die Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeit und die Prüfung, wie „eine verbesserte Unterstützung von ehrenamtlich tätigen BNE-Akteuren erreicht werden kann“ (Bericht S. 74).

Darunter sind durchaus sinnvolle Unterstützungsmaßnahmen, wobei viele davon bereits in Eigeninitiative der Akteur*innen geschehen. Im Bereich der Qualitätssicherung sollte zudem verhindert werden, zu den in den Einrichtungen bereits angewendeten Qualitätsmanagementsystemen, eine zusätzliche Struktur aufzubauen, die den Einrichtungen nur ein Mehr an Arbeitsbelastung bescheren würde, aber das eigentliche Problem in diesen Bildungsbereich nicht löst:

Qualität erfordert nicht allein und vorrangig eine Unterstützung der Ehrenamtlichkeit, sondern einen Ausbau der hauptamtlichen Stellen der qualifizierten pädagogischen und fachlichen Mitarbeiter*innen und des Leitungspersonals wie auch eine Erhöhung der Honorare der Unterrichtenden auf ein qualifikationsangemessenes Niveau, das diesen Bereich für qualifizierte Fachkräfte attraktiv macht. Im Hinblick auf die Altersstruktur dieses Personals ist eine vorausschauende Fachkräftesicherung im Sinne der Nachhaltigkeit ebenfalls absolut notwendig.

Diese Maßnahmen sind ohne eine erhebliche finanzielle Anstrengung nicht zu stemmen und sie sind lange überfällig. Die GEW weist auf der Grundlage ihres Gutachtens zur Finanzierung der gesetzlich geregelten Erwachsenenbildung von 2014 Jahr für Jahr darauf hin, dass sich seitdem die Position der Landesregierung auf den untersten Plätzen im Länderranking nicht wesentlich verändert hat. Mit dieser ungenügenden Finanzierungsgrundlage kann einer allein auf weiche Faktoren setzenden BNE-Strategie kein wesentlicher Erfolg beschert sein.

Damit jedes Kind, jede*r Jugendliche und auch jede erwachsene Person mit BNE in Berührung kommt und die Kompetenzen erwerben kann, zukunftsfähig zu denken und zu handeln, um so das eigene Verhalten auf die Welt zu reflektieren, ist es notwendig, dass BNE stärker als bisher in den entsprechenden Gesetzesgrundlagen in allen Bildungsbereichen verankert wird.

Für eine systematisch strukturelle Verankerung von BNE in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft und damit einhergehenden zusätzlichen Aufgaben in den Bildungseinrichtungen, die sich aus der Landesstrategie ergeben, braucht es dauerhafte personelle und finanzielle Ressourcen. Diese muss das Land in Kooperation mit den Kommunen zur Verfügung stellen. Als Bestandteil der Landesstrategie müsste eine gemeinsame Strategie mit den Trägern von Bildungseinrichtungen zur Umsetzung erarbeitet und beschlossen werden. Bildungseinrichtungen dürfen mit den Aufgaben nicht alleine gelassen werden.

BNE als Lehr- und Lernkonzept zieht sich durch alle Themen hindurch und betrifft alle Bereiche des Lebens. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sind auch die Landesregierung und der Landtag in Schleswig-Holstein aufgefordert, sich in ihren Entscheidungen nach den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen auszurichten. BNE in den unterschiedlichen Bildungsbereichen darf keine Alibifunktion für die Landesregierung sein.